



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

10. August 2018

Wochenbericht KW 32

forsa | Emnid | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 31 %, SPD bei 18 % bzw. 17 %
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik und Verbesserung der Pflege am wichtigsten Handlungsbedarf wird vor allem in der Migrationspolitik gesehen
Wirtschaft:	Derzeitige Wirtschaftsentwicklung wird deutlich häufiger positiv gesehen; langfristige Wirtschaftserwartungen nach wie vor pessimistisch
Eigene finanzielle Lage:	Die meisten Bundesbürger erwarten keine Veränderungen
Wichtigstes Thema:	Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/ Abschiebungen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF
CDU/CSU	31 (-1)	31 (+1)	31 (-)
SPD	18 (-)	17 (-1)	18 (-)
FDP	10 (+1)	8 (-)	8 (+1)
DIE LINKE	9 (-)	10 (+1)	9 (-2)
B'90/Grüne	13 (-)	15 (-)	15 (+1)
AfD	14 (-)	14 (-1)	16 (+1)
Sonstige	5 (-)	5 (-)	3 (-1)
Erhebungszeitraum	30.07.-03.08.	02.-08.08.	07.-09.08.

Die Union liegt bei forsa 13 (-1), bei FG Wahlen 13 (-) und bei Emnid 14 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Merkel	48 (-1)
Nahles	14 (-)
Merkel	42 (-)
Scholz	22 (-)
Erhebungszeitraum	30.07.-03.08.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 34 (-1) Prozentpunkte vor Andrea Nahles und 20 (-) Prozentpunkte vor Olaf Scholz.

83 % (-2) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (-1) Nahles. Von den CSU-Anhängern würden sich 73 % (+9) für Merkel und 6 % (-) für Nahles entscheiden. 36 % (+1) der SPD-Anhänger präferieren Nahles und 36 % (-2) Merkel.

Bei der Alternative zwischen Merkel und Scholz sprechen sich 76 % (-3) der CDU-Anhänger für Merkel und 10 % (+1) für Scholz aus; von den CSU-Anhängern würden sich 65 % (+4) für Merkel und 12 % (+2) für Scholz entscheiden. 52 % (-2) der SPD-Anhänger präferieren Scholz und 27 % (+2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (12.08.2018)

² im Vergleich zur KW 28

Problemlösungskompetenz

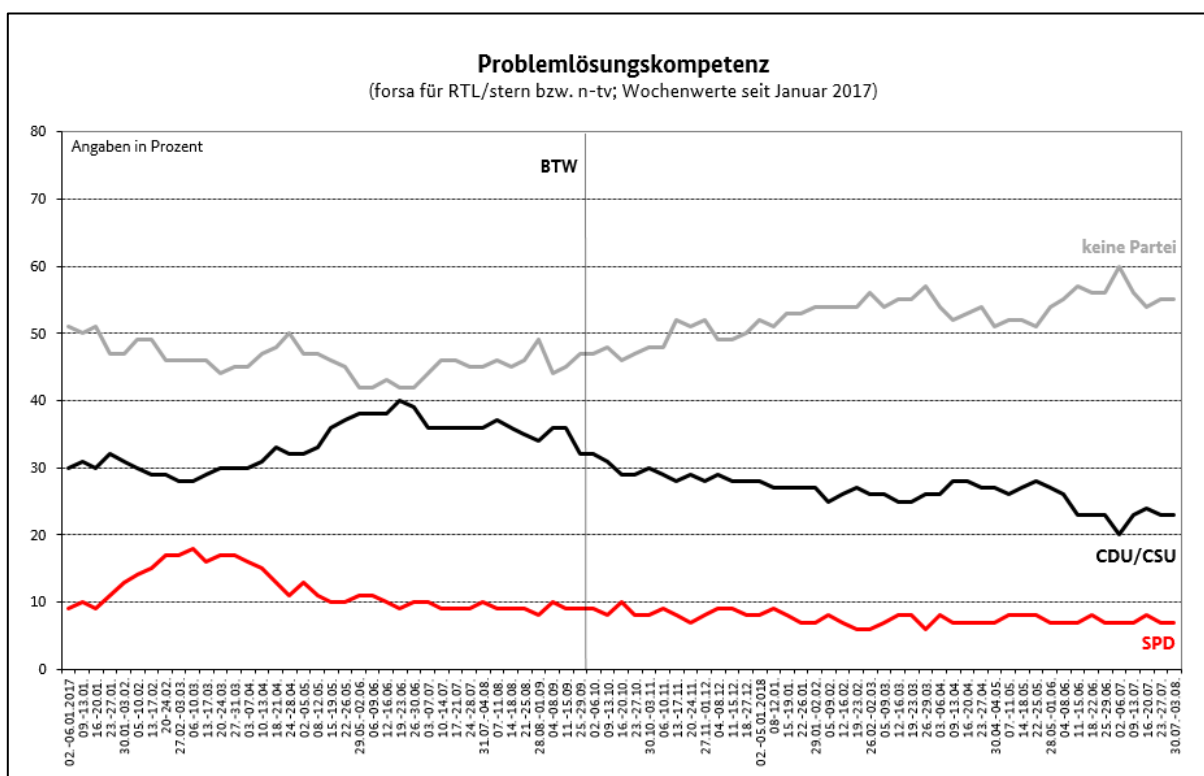
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	23	(-)
SPD	7	(-)
sonstige Parteien	15	(-)
keine Partei	55	(-)
Erhebungszeitraum	30.07.-03.08.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

60 % (-) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 32 % (+1) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im August 2018

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2018

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	72 (-)	26 (+3)	1 (-3)	0 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	72 (+2)	25 (-1)	2 (-2)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	70 (+8)	28 (-5)	1 (-3)	0 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	68 (+5)	26 (-5)	5 (-)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	57 (+2)	39 (-)	3 (-1)	0 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	54 (+4)	40 (-)	4 (-4)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	54 (+2)	36 (-1)	6 (-3)	2 (+1)
innere Sicherheit gewährleisten	53 (-)	39 (+1)	6 (-2)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (+3)	41 (-2)	5 (-2)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	45 (+5)	38 (-4)	11 (-3)	5 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	42 (+3)	45 (-2)	10 (-)	2 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	42 (-1)	42 (-1)	12 (+3)	2 (-2)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (+3)	42 (-4)	11 (-1)	7 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	35 (+6)	46 (+2)	13 (-6)	4 (-3)
für bezahlbare Strompreise sorgen	35 (+4)	46 (-3)	16 (-1)	2 (-)
neue Technologien fördern	33 (-1)	49 (+3)	14 (-3)	2 (-)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (-)	54 (+5)	9 (-5)	2 (-1)
Verbraucherschutz stärken	26 (+2)	57 (+4)	14 (-4)	2 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	26 (+1)	55 (+5)	13 (-5)	3 (-2)
Staatsschulden begrenzen	26 (-)	50 (+1)	18 (-2)	3 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	22 (-)	55 (-)	18 (-1)	2 (-)
Erhebungszeitraum	01.08.-07.08.2018			

Gute Bildungsmöglichkeiten und eine Verbesserung der Pflegebedingungen sind für die Bundesbürger die wichtigsten politischen Aufgaben.

Die Bildungspolitik wird überdurchschnittlich häufig von unter 30-Jährigen (83 %) als sehr wichtig angesehen. Anhänger aller Parteien außer der AfD nennen das Thema überdurchschnittlich oft (FDP: 83 %, Grüne: 82 %, Linke: 81 %, SPD: 79 %, Union: 76 %). Personen mit hoher formaler Bildung nennen sie häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (76 % zu 65 %).

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von Anhängern der FDP und der Linken (jew. 83 %) sowie der Union (78 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen nennen diese Aufgabe häufiger als Männer (76 % zu 68 %).

● Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im August 2018

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juli 2018

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	63 (+1)	29 (-2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	62 (-3)	26 (+1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	61 (-1)	32 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	61 (+6)	32 (-8)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	59 (-)	34 (-2)
Staatsschulden begrenzen	56 (+3)	32 (-5)
neue Technologien fördern	56 (-)	34 (-)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	52 (+4)	43 (-3)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	50 (-3)	40 (+1)
Verbraucherschutz stärken	49 (-2)	40 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	48 (-3)	43 (+2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	47 (+6)	42 (-7)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	44 (-3)	49 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	40 (-4)	54 (-5)
Gesundheitswesen modernisieren	38 (+3)	56 (-4)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	35 (-)	59 (-3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	31 (+2)	61 (-4)
Bedingungen der Pflege verbessern	31 (+4)	63 (-6)
Altersversorgung langfristig sichern	27 (-2)	65 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	25 (-2)	70 (+4)
Zuwanderung von Ausländern regeln	23 (-2)	73 (+4)
Erhebungszeitraum	01.08.-07.08.2018	

In 9 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Vergleich zum Vormonat ist bei vielen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, gesunken. Bei der inneren Sicherheit und bei bezahlbaren Strompreisen hat sich die Bewertung jeweils um 6 Prozentpunkte verbessert. Auch die besonders wichtigen Politikfelder Bildung und Pflege werden im Vergleich zur Vorwoche etwas besser bewertet (jeweils plus 4 Prozentpunkte).

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

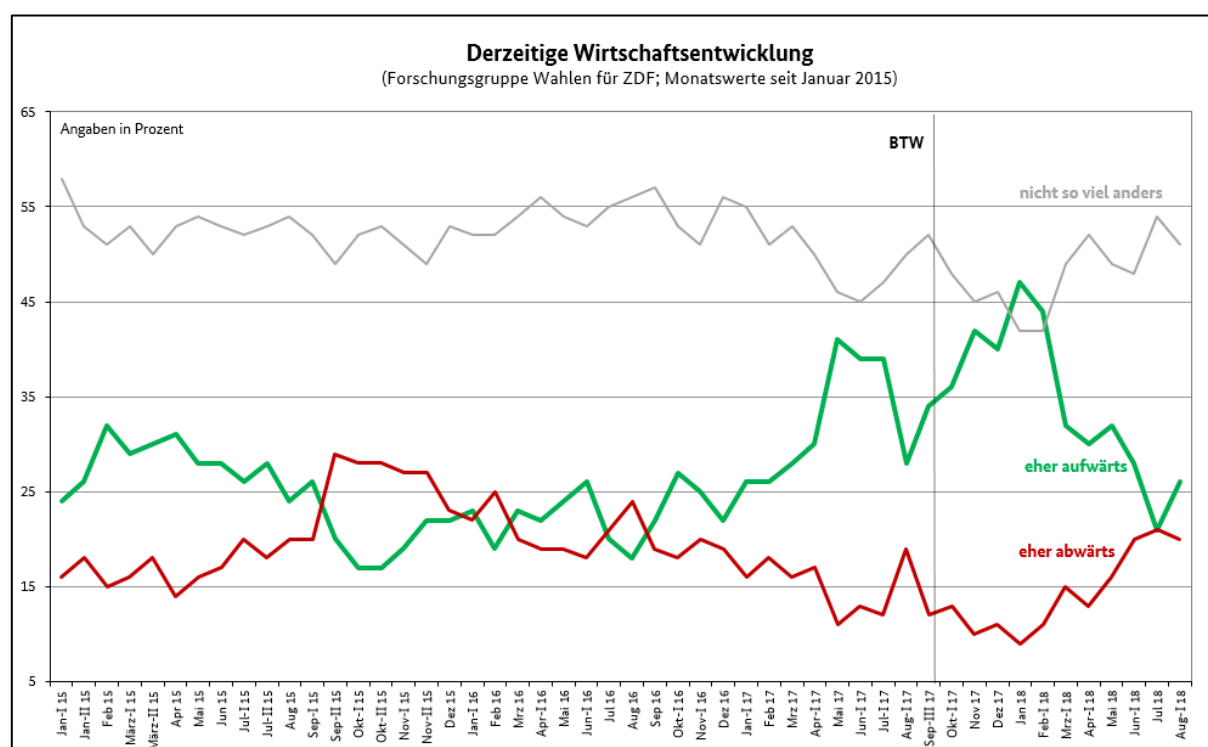
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	26	(+5)
eher abwärts	20	(-1)
nicht so viel anders	51	(-3)
Erhebungszeitraum	07.-09.08.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 28 deutlich verbessert.

Anhänger der SPD (34 %) und der Union (30 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (32 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



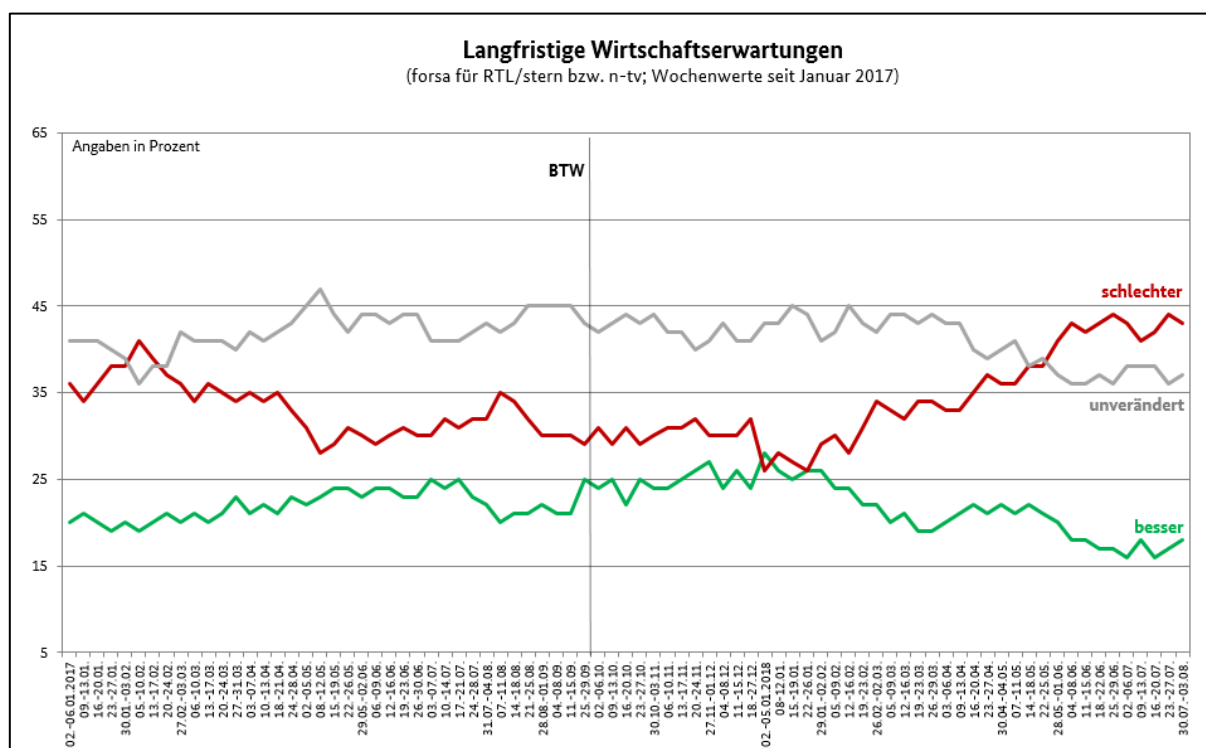
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	18	(+1)
schlechter	43	(-1)
unverändert	37	(+1)
Erhebungszeitraum	30.07.-03.08.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 25 (-2) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



● Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA	
besser als vor einem Jahr	20	(+2)
schlechter als vor einem Jahr	15	(-)
genauso wie vor einem Jahr	65	(-1)
Erhebungszeitraum	30.07.-03.08.	

Unter 45-Jährige nehmen deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 45-Jährige (29 % zu 13 %).

Geringverdiener (21 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (20 %) nehmen überdurchschnittlich oft eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr.

● Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	24	(+3)
in einem Jahr schlechter	11	(-1)
ungefähr so wie jetzt	64	(-1)
Erhebungszeitraum	30.07.-03.08.	

Unter 30-Jährige erwarten deutlich häufiger eine Verbesserung ihrer finanziellen Lage als über 60-Jährige (46 % zu 9 %). Westdeutsche sind bei dieser Frage optimistischer als Ostdeutsche (25 % zu 16 %).

Personen mit einfacher formaler Bildung (13 %) gehen überdurchschnittlich häufig von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Lage aus.

● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	51	(-)
zurzeit eher ungünstig	39	(-1)
Erhebungszeitraum	30.07.-03.08.	

Gutverdiener (68 %) und 30- bis 44-Jährige (55 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre. Westdeutsche glauben dies häufiger als Ostdeutsche (53 % zu 44 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (59 % zu 40 %).

● Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	forsa für BPA	
eher optimistisch	45	(-2)
eher pessimistisch	28	(-1)
Erhebungszeitraum	30.07.-03.08.	

Gutverdiener (55 %), Personen mit hoher formaler Bildung (51 %) und unter 30-Jährige (53 %) glauben überdurchschnittlich oft, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher optimistisch einschätzen.

Ostdeutsche (38 %) und Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen (34 %) glauben überdurchschnittlich häufig, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA	
Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs-, Asylpolitik/Abschiebungen	35	(-)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO2-Ausstoß	10	(+7)
Hitzewelle, Waldbrände	9	(+1)
US-Präsidentschaft Donald Trump	8	(-1)
Iran: Atomprogramm, Abkommen	5	(+4)
Erhebungszeitraum	07.-08.08.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit dem Thema "Flüchtlinge, Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik/Abschiebungen". Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der AfD (59 %) und der Grünen (39 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Unter 35-Jährige (23 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der Grünen (18 %) erwähnen das Thema "Klimawandel, globale Erwärmung, CO2-Ausstoß" besonders oft. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (13 % zu 5 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (14 % zu 5 %).

